



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 11. Dezember 2007

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

manchmal macht es richtig Freude über Geld zu sprechen. Dies gilt bei den Beratungen im Gemeinderat wie auch im richtigen Leben insbesondere dann, wenn man reichlich davon hat!

Aber Spass beiseite: Der aktuelle Haushaltsentwurf 2008 lässt auf den ersten Blick kaum Wünsche offen. Nach Jahren der Konsolidierung, der Sparsamkeit und zahlreicher Einschränkungen kann dieser Haushaltsentwurf auf sehr guten Eckdaten aufbauen und bietet interessante Ansätze sowohl im Verwaltungs- wie auch im Vermögenshaushalt. Es kann reichlich investiert werden, neue Projekte werden angegangen und bei alledem bleibt der Kernhaushalt schuldenfrei.

Dies ist keine Selbstverständlichkeit, denn es gibt Projekte wie die Sanierung der Donauhalle oder den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens in Wolterdingen, die einerseits sehr kostspielig sind und andererseits eine lange Zeit bis zur endgültigen Realisierung mit allen damit verbundenen Risiken aufweisen.

Obwohl es bei der Donauhalle im Laufe der bisherigen Planungsphase bereits zu einer erheblichen Verteuerung gekommen ist, kann das Projekt dank der aussergewöhnlich guten Haushaltssituation und aufgrund der äusserst grosszügig zugesagten Landeszuschüsse bisher finanziell im Lot gehalten werden. Wir hatten ja im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid angekündigt, dass wir die finanzielle Entwicklung des Projekts sehr kritisch beobachten, uns aber durchaus konstruktiv in die weitere Entwicklung einbringen werden. Vor diesem Hintergrund bewerten wir es beispielsweise positiv, dass die Sanierung der Halle B ebenfalls in den Sanierungsplan aufgenommen wurde. Als Negativbeispiel gilt bei uns z. B. die Ablehnung von halogenfreien Elektrokabeln, die zwar teurer, aber bei einem derartigen Grossprojekt in vielerlei Hinsicht besser gewesen wären. Es stand damals auch der harte Vorwurf im Raum, dass wir mit unserer – übrigens gut begründeten - Forderung nach halogenfreien Kabeln lediglich die Baukosten in die Höhe treiben wollten. Ich hoffe aber, dass wir diese Kritiker mit einem Vorstoss an

anderer Stelle eines Besseren belehren konnten: Auf unsere Anregung hin wird die sommerliche Kühlung besonders umweltfreundlich ausgelegt. Der Einsatz teurer und energieaufwendiger Klimatisierungstechnik wird überflüssig und ganz nebenbei wird die Nachbarschaft auch vor lärmenden Kompressoren auf dem Dach der Hallen bewahrt.

Das Stadtbild und die Infrastruktur werden sich aber nicht nur im Bereich der Donauhalle deutlich verändern: Zu einer grossen Baustelle hat sich bereits jetzt das Sanierungsgebiet südlicher Bahnhof entwickelt. Auch wenn wir uns hierbei nicht mit unserem Vorschlag zum Bau behindertengerechter Rampen durchsetzen konnten, um die hohen Unterhaltskosten und die Anfälligkeit der geplanten Aufzüge zu vermeiden, sind wir sehr gespannt auf die weitere Entwicklung dieses Areals. Insbesondere die Bewohner dieses Gebiets, aber auch Passanten, Bahnreisende und nicht zuletzt die angrenzenden Gewerbetreibenden warten zu Recht auf die überfälligen Sanierungen.

Doch nicht jede gross angelegte Sanierung führt automatisch und schon gar nicht in kürzester Zeit zu einer Verbesserung der städtebaulichen Strukturen. Beispiele dafür gibt es landauf – landab genug, und mit Projekten wie dem Postareal, dem Kronecenter oder dem Gelände der Lehrerakademie verfolgen die Investoren – um es vorsichtig auszudrücken – insgesamt sehr ambitionierte Ziele. Es besteht aus unserer Sicht zunehmend die Gefahr, dass mögliche Fehlentscheidungen von Stadt und Bauträgern zu langjährigen Missständen oder auch Dominoeffekten im Altbestand führen werden. Sowohl der Immobilien- wie auch der Mietwohnungsmarkt sind längst nicht mehr unbeschränkt aufnahmefähig und es wäre schade, wenn als Konsequenz aus solchen Sanierungsmassnahmen jahrelang Bauzäune, Brachflächen, Leerstände oder vernachlässigte Bausubstanz einen grossen Teil des Stadtbilds bestimmen würden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns unverständlich, dass sowohl bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans als auch bei der Genehmigung von neuen Bebauungsplänen unverändert aus dem Vollen geschöpft werden soll. Diese Ressourcenverschwendung können wir uns weder finanziell noch umweltpolitisch leisten. Trotz schleppender Vermarktung von Bauplätzen beispielsweise im Baugebiet Bühlstrasse und einer grossen Zahl von weiteren Bauplätzen und Baulücken wird weiterhin und ziemlich undifferenziert Geld für die Erschliessung neuer Gebiete vorgesehen. Dies wird die Vermarktungsmöglichkeit der innerstädtischen Sanierungsflächen mit allen bereits angesprochenen Konsequenzen verschlechtern.

Mit der Erschliessung immer neuer Flächen wird jedoch nicht nur Kapital aus dem Kernhaushalt der Stadt gebunden. Auch die Eigenbetriebe sind daran beteiligt und müssen aus ihrem Haushalt ebenfalls eine langjährige Vorfinanzierung solcher Massnahmen sicherstellen. Es dürfte klar sein, dass dies die finanzielle Situation der Eigenbetriebe und auch deren Verschuldungssituation deutlich belastet.

Dabei sind wir uns wohl alle einig, dass bei der Entschuldung und den wirtschaftlichen Perspektiven der Eigenbetriebe Wasser und Abwasser Handlungsbedarf besteht. Über den Weg dorthin gibt es jedoch keinen Konsens. Die Einführung der Gewinnerzielungsabsicht beim Wasserwerk wird von unserer Seite – gerade auch unter strategischen Aspekten - besonders kritisch gesehen und wird deshalb von uns abgelehnt. Ohne an dieser Stelle ins Detail gehen zu können, hätte man angesichts der kontinuierlichen Ab-

nahme des Eigenkapitals früher und vor allem fortlaufend gegensteuern müssen. Insbesondere sollten aus unserer Sicht jedoch die Abschreibungsmodalitäten nach dem Vorbild anderer Bundesländer abgeändert werden. Damit könnte die Finanzierung der Eigenbetriebe auf eine tragfähigere Basis gestellt werden.

Im Abwasserbereich sind die vollkommen fehlende Eigenkapitalausstattung und die bisherigen hohen internen Zinslasten ein zusätzlicher Aspekt der Eigenbetriebsproblematik. Deshalb freuen wir uns sehr, dass nach unseren jahrelangen Bemühungen zumindest die überhöhten Zinszahlungen des Eigenbetriebes an den städtischen Kernhaushalt endlich ein Ende haben.

Beim Stichwort Zinsbelastung möchte ich es an dieser Stelle auch keinesfalls versäumen, auf das Thema „Zinsmanagement“ und Derivate einzugehen. Wir haben dabei zwei fundamentale Kritikpunkte, die unverändert zu einer ablehnenden Haltung führen: Erstens sind wir generell gegen die Einbeziehung von Derivaten in die städtische Finanzwirtschaft. Zweitens halten wir auch nichts davon, das Management der Derivate gegen Bezahlung auf einen externen Berater zu übertragen. Ein Blick in die Medien genügt für die Feststellung, dass die Derivate eine sehr enge Wechselwirkung mit der durchaus dramatischen Hypothekenkrise haben. Deshalb möchten wir an dieser Stelle nochmals betonen, dass uns diese komplexen Finanzprodukte hochgradig suspekt und – mehr noch - zuwider sind! Da wir Realisten sind und die Beharrlichkeit der Strukturen kennen, erwarten wir von der Kämmerei zumindest eine permanente Kontrolle dieses Bereichs und für den Gemeinderat eine lückenlose Information.

Nach diesem Ausflug in die Welt des Geldes möchte ich einige andere Themen ansprechen. Durchaus erfreulich sind die Entwicklungen im Bildungsbereich, wo die Stadt nach und nach zukunftsfähige Angebote installiert. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die neuen Angebote, aber auch eine verbesserte Qualität bei bestehenden Projekten, Zuspruch bei Kindern und Eltern gefunden haben - sei es bei der Mensa am Fürstenberggymnasiums, bei der Entwicklung zur Ganztagschule oder bei den Betreuungsangeboten, in die erfreulicherweise auch die Kunst- und Musikschule einbezogen werden konnte. Es ist ein grosser Pluspunkt des Haushaltsentwurfs 2008, dass diese Angebote im kommenden Jahr weitergeführt werden und die Schuletats (bis auf die vom Land vorgenommenen Anpassungen) ungekürzt bleiben.

Für bemerkenswert halten wir die Entwicklung bei der Kleinkindbetreuung. Wie sie sich sicher erinnern, haben wir im Rahmen der Diskussion um die private Trägerschaft einer solchen Einrichtung die Position vertreten, dass vorrangig die Stadt eigene Raum- und Personalressourcen nutzen sollte, um Angebote in diesem Bereich zu schaffen. Mittlerweile sind in vielen Kindergärten der Stadt Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder eingerichtet. Wir halten diesen dezentralen Ausbau wegen der leichteren Erreichbarkeit und angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung bei den Kinderzahlen für den richtigen und auch besseren Weg.

Bei den Beziehungen zum Fürstenhaus gibt es ein weites Spektrum an Themen: Schlosspark, Donauquelle, Reitturnier und Hofbibliothek sind nur einige der Stichworte, die uns umtreiben. Bei der Radwegenutzung im Schlosspark hätten wir uns beispielsweise einen stärkeren Einsatz der Verwaltung für die Interessen der Bürger gewünscht.

Dies gilt übrigens auch für das Landratsamt, das sich für die Beurteilung und Interpretation der Rechtslage sehr viel Zeit lässt. Die harte Haltung des Fürstenhauses beim Schlosspark ist auch deshalb schwer nachvollziehbar, weil die Stadt stets grossen Wert auf eine gute Kooperation gelegt und sich auch in finanzieller Hinsicht nie kleinlich gezeigt hat. Jüngstes Beispiel dafür ist die Sanierung der Donauquelle. Obwohl sich die Quelle im fürstlichen Eigentum befindet werden von der Stadt im kommenden Haushaltsjahr annähernd 300.000 € für die Sanierung bereitgestellt. Auch bei der neuen Reitturnier GmbH ist die Stadt als Gesellschafter ein wesentlicher Faktor und wir sind gespannt, welche Entwicklung dieses Projekt zukünftig gerade auch unter finanziellen Aspekten nehmen wird. Generell gilt, dass das Fürstenhaus nicht gerade zimperlich bei der Durchsetzung eigener Ziele ist, was sich derzeit mit dem geplanten Verkauf der Fürstlichen Hofbibliothek zeigt, nachdem zuvor schon ein bedeutender Teil der Bibliotheksbestände veräussert worden war. Über viele Jahrzehnte war es selbstverständlich, dass die Hofbibliothek in Donaueschingen zugänglich war und zumindest ein Teil des wertvollen und über Jahrhunderte gewachsenen Bestands auch eingesehen werden konnte. Gewachsene Strukturen und langfristige Konzepte weichen damit auch in diesem Bereich einer kurzfristigen und rein betriebswirtschaftlichen Denkweise.

Das Denken in langen Zeiträumen ist jedoch nicht in jedem Fall hilfreich: Die Stadtverwaltung und die Mehrheit des Gemeinderats waren sich beispielsweise schnell einig, dass die neuen Stromkonzessionen eine Laufzeit bis 2029 aufweisen sollten. Zu solch einem Schritt, der die Dominanz der Netzbetreiber unnötig und vor allem langfristig zementiert, bestand jedoch überhaupt keine Veranlassung. Der Energiemarkt in all seinen Facetten wird zunehmend neue Möglichkeiten der Versorgung, der Energieeinsparung und der Preisgestaltung bieten. Dies gilt aber nur dann, wenn die Verträge zu Gunsten der Bürger und nicht zu Gunsten der Konzerne abgeschlossen werden. Die notwendigen Veränderungen werden sich jedoch nur durchsetzen lassen, wenn mit dem Netzbetrieb und den entsprechenden Netzentgelten diese Veränderungen unterstützt und nicht blockiert werden können.

Daneben braucht es aber selbstverständlich auch bei den städtischen Immobilien noch vermehrte Anstrengungen, um bei der Energieeinsparung weitere Fortschritte zu erzielen. Die Massnahmen zur energetischen Sanierung der städtischen Gebäude müssen dabei gezielt ausgeweitet werden. Die Verwaltung selbst hat Projekte vorgestellt, bei denen schon Investitionen im vierstelligen Eurobereich zu 80 % Einsparungen führen und sich Amortisationszeiten von 3-6 Jahren einstellen. Auch im Strombereich gibt es Handlungsbedarf: Beispielsweise ist der Stromverbrauch im Rathaus 1 in den letzten 5 Jahren um 25 % angestiegen, was aber selbst angesichts der stark angestiegenen Zahl an EDV-Arbeitsplätzen keine unumkehrbare Entwicklung sein muss. Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass unser Antrag von der Gemeinderatsmehrheit abgelehnt wurde, die Finanzmittel zur Energieeinsparung deutlich anzuheben.

Manchmal reicht statt Geld aber auch schon guter Wille und die richtige Prioritätensetzung: Beispielsweise hätten wir uns sehr gefreut, wenn der neue Dienstwagen des OB im Sinne der Vorbildfunktion nicht nur stärker und schneller als das Vorgängerfahrzeug gewesen wäre, sondern vor allem eines: Optimal sparsam.

Es gibt weitere Bereiche, die in dieses Thema hineinspielen: Im positiven Sinn beispielsweise das neue Radwegekonzept, das dieses Jahr mit viel Elan und gutem Willen angegangen wurde. Negativ beispielsweise das Stadtbussystem, das im kleineren Rahmen bereits im vergangenen Juli hätte ertüchtigt werden sollen. Leider ist zum jetzigen Zeitpunkt immer noch keine Bewegung zu sehen. Und mit dem aktuellen Fahrplanwechsel ist die Chance darauf wohl für mindestens ein weiteres halbes Jahr vertan.

Die anderen finanzwirksamen Bereiche wie z.B. den Bereich Strassenbau möchte ich an dieser Stelle nicht mehr im Detail ansprechen. Unsere Fraktion kann im grossen und ganzen den vorgesehenen Planungen zustimmen.

Allerdings möchte ich hinsichtlich der Musiktage auf eine Entwicklung hinweisen, die uns erstaunt hat: Am 9. November 2007 hat das Kuratorium „Netzwerk Neue Musik“ nach einem zweistufigen Auswahlverfahren 15 Projekte bundesweit zur Förderung ausgewählt, die eine „nachhaltige regionale Vernetzung und kreative Vermittlung der Neuen Musik an eine breitere Öffentlichkeit versprechen“. Donaueschingen ist bei diesen 15 Projekten nicht vertreten, was nicht nur angesichts der im Raum stehenden Fördersummen bedauerlich erscheint, sondern insbesondere auch wegen der beabsichtigten Breitenwirkung der Projekte und der weiteren Entwicklungsperspektive der Donaueschinger Musiktage.

Damit komme ich zur Zusammenfassung

In dieser Stellungnahme gab es mal wieder viele Anmerkungen zu machen. Ich habe dabei nicht mit Kritik gespart und es dürfte auch sehr deutlich geworden sein, dass bei einigen Themen deutliche Meinungsunterschiede bestehen bleiben. Wie schon so oft stellt sich an diesem Punkt jedoch die Frage: Wie viele Meinungsunterschiede rechtfertigen noch eine Zustimmung zum Haushalt? Oder anders formuliert: Wie fundamental und über welchen zeitlichen Horizont darf man eine Haushaltsanalyse überhaupt betreiben?

Was am Haushalt 2008 zweifellos überzeugt, ist die Bandbreite der Projekte und der Investitionen und generell die gute finanzielle Situation der Stadt. Nach den vergangenen eher bescheidenen Jahren ist dies sehr erfreulich. Wir gehen davon aus, dass trotz dieser guten Ausgangslage für das kommende Jahr unsere kritischen Anmerkungen nicht in der allgemeinen Euphorie untergehen und

stimmen dem Haushalt 2008 mehrheitlich zu.

Abschliessend möchte ich allen städtischen Mitarbeitern für ihren Einsatz recht herzlich danken. Wir wissen, dass die Arbeit in den letzten Jahren nicht leichter geworden ist. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen hier im Gremium, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und allen Donaueschinger Bürgern schöne Feiertage und ein Gutes Neues Jahr.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen